

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1906**

23 (27.1.1906) Erstes Blatt

# Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich RM. 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt RM. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht RM. 2.62 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Erscheinungsort der Redaktion: 12-1 Uhr mittags. Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.

Inserate: die einpaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/8-1 Uhr und nachmittags von 2-1/2 Uhr.

Nr. 23. Erstes Blatt. Karlsruhe, Samstag den 27. Januar 1906. 26. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfasst mit dem Unterhaltungsblatt 3 Blätter mit zusammen 10 Seiten.

## Große Tage

hat der badische Landtag hinter sich. Zum ersten Male seit seiner Tagung beherrschten Fragen die parlamentarische Erörterung, welche zu den brennendsten zählen, die das badische Land kennt. Witzartig beleuchteten der 24. und 25. Januar die gegenwärtige politische Situation und ließen den immensen Kundstolz, der sich vor und nach den Wahlen in reichlicher Maße aufnahm, zu hellen Flammen emporsteigen. Die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Bonndorfer Wahl trat in den Vordergrund; sie stellte lediglich das Terrain, auf welchem die Kämpfe der Parteien ausgefochten wurden. Sie Wahlen, die Wahlbestimmungen vor der Schlichtung. Geistesfreiheit riefen die Liberalen, für Freiheit der katholischen Kirche im Run und Sandeln plädierten die Nationaldemokraten. Und doch wurden mit ihrem besonderen Programm die Sozialdemokraten, die der Geistesfreiheit der Liberalen, weil voller Halbheiten und Inkonsistenz, mißtrauisch gegenüber und andererseits nicht verkannt, daß die den katholischen Geistlichen eingeräumten staatlichen und gesellschaftlichen Privilegien ein schweres Hindernis für die freie Aufklärung der politisch und sozial entrechteten Arbeiterklasse sind. Spitzig sich letzten Endes die Dinge so zu, daß die Wahlbeeinflussungen der staatlichen und kirchlichen Gewalten die programmatische Grundlage des Kampfes abgeben, dann kann die Sozialdemokratie mit einer gewissen Befriedigung auf dieses parlamentarische Spiel herabsehen, da sie von der Wahrheit des alten Seineschen Spottverses:

Welcher Recht hat, weiß ich nicht,  
Doch es will mich schier bedünken,  
Dah der Rabbi und der König,  
Dah sie alle beide . . . . .

bei den Wahlkämpfen älteren und neueren Datums der Proben genug zu kosten bekam. Diesem unabweislichen und unverrückbaren Standpunkt der Partei gaben die Genossen Eichhorn und Kolb unüberhörlichen Ausdruck und sprachen damit aus, was die badische Sozialdemokratie anlässlich dieser Debatte gefühlt und gedacht hat. Uns kann es nur willkommen sein, wenn die eventl. Wahlbeeinflussung eines Oberamtmanns nicht minder hart gerügt wird, wie die Hausagitation des kathol. Geistlichen für den Zentrumskandidaten. In jedem Falle kommt die ungebührliche und unbeschränkte Ausübung der Wahl derjenigen Partei zugunsten, die gleich rücksichtslos und konsequent den Kampf gegen die Nationalliberalen und das Zentrum aufnimmt, und das ist in Baden die Sozialdemokratie. Wir heimein das positive Ergebnis der Debatte des 24. und 25. Januar ein, und wir werden dafür sorgen, daß insbesondere die künftige Bevölkerung recht nachdrücklich die Anwendung daraus zieht.

Groß in seiner Art war auch der gestrige Tag. Es mag manchem banal erscheinen, Geistesfreiheit und Fleischnot miteinander zu verknüpfen, aber die Arbeiterklasse weiß zu genau, daß selbst die Geistesfreiheit nur ein wesenloses Schemen ist, wenn materielle und innerliche Gebetsmächerei die genügende Ernährung des Volkes unterbindet und im dem barten Kampfe ums Dasein den Arbeiter nicht einmal dazu kommen läßt, die ihm verfassungsmäßig garantierte Geistesfreiheit in einem Sinne zur Verwirklichung zu bringen. Deshalb hat die sozialdemokratische Fraktion die Interpellation eingebracht und damit sicherlich eine Frage in das badische Parlament geworfen, die schon seit Monaten die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung, der Presse, der Parlamente und nicht zuletzt der konstituierenden Bevölkerung auf sich gelenkt hat. Ferner Ausdruck verlieh Gen. Ged als Interpellant diesen und ähnlichen Empfindungen. Er vermißt es gar nicht, mit allzu vielen Zahlen die Arbeiter zu regalisieren. Es ist überflüssig, durch die Zahlen des langen und breiten des Nachweises zu wollen, daß eine Fleischnot besteht. Sie besteht und niemand wagt sie mehr zu leugnen. Ged ging des näheren auf die Ursachen der Fleischnot ein und wußte seine Darlegungen so lebendig zu gestalten, daß man ihm am Ministertisch und im Hause aufmerksam zuhörte. Gar fröhliche Lieder verlebte er den katholischen Brot- und Fleischverweirern, die mit einem verlogenen Lächeln auftraten, als Ged von dem bösen Gewissen sprach, das die Herren bei der Erörterung der Fleischnot-Interpellation hätten. Er schickte zum Schluss den parlamentarischen Schönredner Fehrenbach glänzend heim, weil dieser unter auffälliger Einbeziehung des Bonndorfer Wahlkampfes die Sozialdemokratie seine Partei am Donnerstag als den Staatsretter angeboten. Mit einer wirklichen Apotheose auf die Kaiserlich-Königliche Feiertage der herrschenden Klassen schloß Genosse Ged seine Begründung der Fleischnot-Interpellation.

Sofort erhob sich die kleine Erzählung, nahm seine überaus lebendige gebrachte Erklärung zur Hand und wandte dem Hause und dem Lande, daß die badische Regierung — nichts tun könne, obwohl sie den Willen habe. Uns sind die Hände gebunden! Und das mehrmals wiederholte Epigramm des Ministers. Selbst wenn wir aus Frankreich Milch und Schweine beziehen könnten, müßten und müßten die veterinärpolizeilichen Vorschriften genau eingehalten werden. Und darum des Widels Kern: die hohen Fleischpreise sind da, wir vermögen nicht, eine Preisermäßigung herbeizuführen. Da noch sozialdemokratischer Redner zum Worte kam:

libriert es sich, noch näher auf die ministerielle Erklärung einzugehen.

Nach der Rede des Ministers war das Interesse bereits erschöpft. Der Standpunkt der Parteien in dieser Frage ist bekannt und so brachten dann die Reden der bündlerischen und des Zentrums-angeordneten wesentlich Neues nicht. Der Abg. Sanger leistete sich den kleinen Fastnachtsstreich, auf den Maskenball der Karlsruher Arbeiterschaft anzuspielen, zum Beweise dafür, daß es keine Fleischnot gebe. Auch ein Argument, wenn auch ein sehr windiges. Und mit solchen Mitteln kämpft man bei der Erörterung eines der wichtigsten volkswirtschaftlichen Probleme.

Am Montag wird die Debatte fortgesetzt. Nicht Redner sind noch gemeldet.

## Karlsruhe, 26. Jan.

Präsident Wilkens eröffnet um 1/10 Uhr die Sitzung. Im Regierungssitz: Minister Schenkel und Regierungskommissäre.

Zur Beratung steht folgende Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion:

Unter Bezugnahme auf die allgemein bekannte Tatsache, daß die Preise des Schlachtkrauts und dadurch bedingt die Preise des Fleisches im Kleinverkauf eine bisher unerhörte Höhe erreicht haben, wobei hierdurch eine wesentliche Einschränkung des Fleischkonsums und damit eine bedeutliche Unterernährung der unbesittelten Volksklassen herbeigeführt wird, rüsten die Unterzeichneten an die Regierung die Anfrage, welche Schritte sie bisher getan hat, der Fleischteuerung entgegen zu wirken und welche Mittel sie zu ergreifen gedenkt, um den gegenwärtigen unhaltbaren Zustand sofort und dauernd zu beseitigen.

Die Interpellation begründet

Abg. Ged (Soz.):

Nach einigen Tagen parteipolitischer Auseinandersetzungen kommen wir heute zu einer sozialpolitischen Frage, die uns Gelegenheit gibt, Betrachtungen darüber anzustellen, wie groß heute die Not im Volke ist. Wir haben es für notwendig befunden, auch die badische Regierung über ihre Stellungnahme gegenüber der herrschenden Fleischnot und Fleischteuerung zu befragen. Daß diese Erscheinungen bestehen, wird wohl von keiner Seite geleugnet werden. Nur über die Ursachen derselben besteht ein Streit. Deutschland ist bekanntlich das Land des teuersten Brotes, jetzt hat es den Ansehen, als sollte es auch das Land des teuersten Fleisches werden. Die Teuerung datiert seit Anfang des Jahres 1905, insbesondere hinsichtlich des Preises für Schweinefleisch. Nun ist aber gerade das Schweinefleisch eines der wesentlichsten Fleischnahrungsmittel der unbesittelten Bevölkerung. Auf dem Berliner Markt wurde 1905 ein Preisrückgang von etwa 14 Mk. gegenüber dem Vorjahre notiert. Auch das Rindfleisch sei im Preise nicht unbedeutend gesunken. Der preussische Landwirtschaftsminister habe sich sehr leicht über diese Dinge hinweggesetzt und die Fleischnot als eine vorübergehende Erscheinung bezeichnet, die in einigen Wochen behoben sein werde. Wie sehr sich Volkslied gefälscht und verredet habe, sei ja hinlänglich bekannt. Wenn heute wieder auf die mittlerweile eingetretenen Reduktion des Fleischpreises hingewiesen werde, so wolle er entgegen, daß diese Reduktion keine allgemeine sei. Wir stehen vor dem Anstrotzen des Zolltarifs mit seinen hohen Viehzöllen. Die Schuld an dieser Politik ist auf die Junker und Agrarier zurückzuführen. Diese möchten allerdings die Schuld auf die Zwischenhändler und die Metzger abwälzen. Den letzteren werde sogar die Reinkaufssteuer in den Läden zum Vorwurf gemacht. Wir freuen uns, daß endlich eine größere Reinkaufssteuer beim Nahrungsmittelhandel herrscht. Der Hauptverwand, der gegen die notwendige Zufuhr geltend gemacht wird, sei die Seundengefahr. In dieser Beziehung hätten die Agrarier nicht nur die Zustimmung der Regierung, sondern auch der beiden großen bürgerlichen Parteien. Eine an die Reichstagsmitglieder verteilte Karte weist eine förmliche chinesische Mauer gegen die Fleischzufuhr auf. Nur in Oberösterreich hat man eine kleine Breche offen gelassen. Die Tatsachen zeigen aber, daß die Seunden, je näher es den Grenzen zugeht, um so seltener eintreten. Durch die Statistik ist der Beweis erbracht, daß das Ausland nicht so verheerend ist, wie die Agrarier es behaupten, es ist nicht mehr verheerend, als Deutschland auch. In Frankreich seien nur ganz wenige Fälle in den letzten Jahren zu verzeichnen gewesen. Die Regierung möchte er gerade auf dieses Gebiet hinweisen. Durch Öffnung der französischen Grenze werde das herrschende Uebel wenigstens einigermaßen eingeschränkt. Der unterirdische Kreislauf habe sich mit großer Wehrheit für die Öffnung dieser Grenze ausgesprochen.

Wäge die badische Regierung ihrerseits ebenfalls dahin wirken. Neben der systematischen Abberperung der Grenzen gegen Fleischzufuhr sind es die vegetarischen Bestimmungen über die Fleischbeschau, die verteuern wirken. Bis jetzt haben alle Appelle nicht genützt. Wendet man sich an den Reichsminister, so erklärt er sich für unzuständig und verweist uns an die Bundesregierung. Dies wird wieder weisen uns an den Reichskanzler. Es ist das selbe Spiel wie bei den Arbeiterkammern. Neuerdings habe man noch die Zufuhr des Viehfleisches verboten, obwohl irgendwelche geluntheitsschädliche Gefahren hier nicht bestanden haben. Beim Landtag sind bis jetzt schon eine ganze Masse Petitionen eingelaufen, deren Grundton lautet: Gebt uns höhere Fleischpreise! Man versteht es aber nicht, was man in die Augen zu werfen, querein durch

deutend zugenommen. Wie sehr das Schweinefleisch beim Volke geschätzt wird, zeige ein bekannter Spruch, der lautet:

Heil, Heil, dreimal Heil dem Schwein!  
Vom Vorder- bis zum Hinterteil,  
Beim Schwein ist alles edel,  
Von der Schnauz' bis an den Wedel.

(Geiterkeit.) Die Statistik über die Fleischverwertung spricht eine traurige Sprache. Die Ursache dieser Zustände erblicken wir in der fortgesetzten Vermehrung der Bevölkerungszahl, gegenüber welcher die Landwirtschaft nicht in der Lage ist, die Nahrungsmittel zu liefern. Die Agrarier halten diesen Zustand für einen idealen, denn er bringt ihnen große Vorteile. Diese Klasse begrüßt es, wenn das Volk hungert, denn dadurch erzielen sie ihre hohen Preise. Diese Brandstiftung des konsumierenden Publikums wird noch größer werden, wenn erst der Zolltarif in Kraft getreten ist. Das Zentrum bietet sich neuerdings sehr oft als Retter gegenüber der sozialdemokratischen Gefahr an. Es scheint hier das böse Gewissen eine Rolle zu spielen. Wer die Lebensmittelteuerung mitgemacht hat, hat alle Ursachen, der Zukunft mit Vorgehen entgegenzusetzen.

Herr Fehrenbach habe auf Jena hingewiesen. Nun der Jenaer Beschluß war eine echt konstitutionelle demokratische Demonstration. Die Arbeiter erklärten dort, wir haben es gründlich satt, uns fort und fort die Lebensmittel teuer zu werden und schließlich gar den Weg verarmen zu lassen, auf dem wir den Uebelständen geistlich entgegenarbeiten können. Zwingt man uns zu hungern, so hungern wir auch einmal in unserem Interesse außer Dienst. Geben Sie den Arbeitern billiges Fleisch und billiges Brot, oder höhere Löhne, damit sie die hohen Preise bezahlen können. Wenn Sie (zu dem Zentrum gehend) morgen getrennt ihren patriotischen Feiertag begehen, dann denken Sie daran, daß 90 Prozent unseres Volkes ein Einkommen hat, bei dem sich nicht menschenwürdig leben läßt, vergessen Sie beim schäumenden Becher nicht die Not des Volkes infolge der Fleischteuerung. (Lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Minister Schenkel verteilte folgende Erklärung: Die eingetretene Steigerung der Fleischpreise hat der Regierung Anlaß gegeben, über den Umfang und die Ursachen dieser Erscheinung Erhebungen anzustellen. Nach denselben haben die Fleischpreise und besonders die Preise für Schweinefleisch im ganzen Lande, namentlich aber in den Grenzstädten, eine ungewöhnliche Höhe erreicht. Als hauptsächlichste Ursache der Preissteigerung ist übereinstimmend der Rückgang der Schweinebestände, einerseits infolge einer Einkünderung der Zucht, andererseits infolge von Futtermangel im Herbst 1904 und andererseits infolge einer allgemeinen Preissteigerung, andererseits nur eine vorübergehende sein konnte, hat sich bis jetzt leider nicht erfüllt, da die Preissteigerung, wenigstens insofern als sie sich auf den Preis des Fleisches, doch bis zum gegenwärtigen Augenblicke sich geltend macht. In voller Würdigung der großen Bedeutung einer ausreichenden Fleischversorgung für die Volksernährung ist die Regierung alsbald nach Abschluß der Erhebungen in Erwägung darüber eingetreten, was zu einer Verbilligung der Fleischpreise und zu tüchtiger Verbütung künftiger außerordentlicher Preissteigerungen vorgelegt werden können.

Einer befriedigenden Lösung stehen aber um so größere Schwierigkeiten entgegen, als die gleichen Verhältnisse nicht nur in allen übrigen Bundesstaaten, sondern teilweise auch im Ausland eingetreten sind. Entgeltliche Maßnahmen konnten daher bis jetzt nicht getroffen werden. Neulich hat sich auf Anregung der Regierung auch die landwirtschaftliche Interessentenvertretung der Landwirtschaftskammer eingehende Verhandlungen hierüber gepflogen, wobei die regierungsfreundlich in Aussicht genommenen Maßnahmen im allgemeinen gut geheißen und noch weitere Vorschläge zur Abhilfe gemacht wurden.

Die Regierung wird namentlich unterjährig und so weit erforderlich im Benehmen mit Vertretern den in Betracht kommenden Interessentengruppen die Durchführbarkeit dieser Maßnahmen, die sich hauptsächlich in der Richtung der Zucht, der Vieherzeugung und Wast, sowie der Abnahme näherer Beziehungen zwischen Produzenten und Konsumenten unter Vereinfachung der Ausweise des Zwischenhandels, einer Prüfung unterziehen und nach deren Ergebnis ihre weiteren Anordnungen treffen.

Der Minister fährt fort: Eine Fleischnot, die zum Hunger führe, sei nicht vorhanden, doch lässe sich nicht leugnen, daß die Preise des Schweinefleisches für die mittleren und unteren Schichten der Bevölkerung sich sehr erheblich gemehrt haben. Es habe aber auch eine Reihe von Faktoren bei der Teuerung mitgewirkt, die sich der staatlichen und behördlichen Einwirkung entziehen. In Betracht kämen bei der Teuerung die hohen Produktionskosten, die mit der Erzeugung der Arbeitslöhne gezeiten seien. Wenn der Vordränger betont, daß die Junker vornehmlich an der Fleischteuerung schuld seien, so möchte er doch betonen, daß die Schweinezucht in Baden von den mittleren und kleineren Bauern und ähnlichen Arbeitern, die eine beachtenswerte Einnahme für dieselben erzielen. In Betracht komme weiter der seit 1904 eingetretene Rückgang der Schweinezucht. Von vegetarischen Maßnahmen könne kaum gesprochen werden, denn dieselben seien aus veterinären Gründen geschaffen und hätten sich vorzüglich bewährt und der Landwirtschaft durch Vereinfachung der Seuchen Millionen erspart, denn es sei gelungen, einen großen Teil der Seuchen zu beseitigen.

Für Baden seien die Abkühlungen auch nicht so furchtbar, denn die Viehhaltung von der Schweiz und Österreich sei unter Beachtung der veterinärpolizeilichen Vorschriften gestattet. Eine weitere Öffnung der Grenzen nach Frankreich sei nur möglich infolge der Zustimmung des Reichsministers und der erfolglos eingeleiteten Verhandlungen. Wenn diese für ein bestimmtes Kontingent die Grenzen öffnen, so würde auch Baden bereit sein, unter Beachtung der veterinärpolizeilichen Vorschriften, sich an dieser Maßregel zu beteiligen, doch müsse er diesen letzten Satz nicht unterschreiben. Ein weiterer Faktor der Verbilligung des Fleisches sei die Abnahme des Zwischenhandels, der durch die Abnahme der Fleischpreise nur ge-

gebart werde; eine demnach einüberzuführende Interessentenvermittlung werde sich mit Maßregeln zur Verbilligung der Kosten beschäftigen.

Abg. Sanger (nack.) freut sich, daß die Karlsruher Arbeiterschaft kürzlich ein großes Kostümfest gefeiert, er möchte hierzu aber doch bemerken, daß 90 Proz. der badischen Schweinezüchter noch keinen Maskenball gesehen hätten. Redner will die Fleischteuerung nicht in Abrede stellen, doch könne man von einer agrarischen Schuld nicht sprechen. Die Maßregeln gegen die Seuchengefahr dürfe man nicht einschränken. Der Redner sucht dann nachzuweisen, daß der Zwischenhandel die Kosten wesentlich erhöhe.

Abg. Schüler (Pr.) hebt hervor, daß recht viele Ursachen bei der Fleischteuerung mitwirken, wobei er jedoch betonen möchte, daß eine Fleischnot vorhanden sei. Die Landflucht, die Steigerung der Löhne, der Zwischenhandel, die hohen Futter- und Kartoffelpreise wirkten. Es müßte aber auch hervorgehoben werden, daß eine Öffnung der Grenzen eine Verbilligung der Fleischpreise nicht herbeiführen würde. Auch das städtische Getreide, die Schlachthauskosten müßten in Betracht gezogen werden. Ein Metzger habe ihm gesagt: Ehe das Vieh fertig ist, kostet uns ein Etal Großvieh 25 Mark. Der Zwischenhandel könne nicht beteiligt, wohl aber eingeschränkt werden. Die neuen Handelsverträge stehen in keinem Bezug zu der Fleischteuerung. Er wolle dabei gerne betonen, daß man von der Destruktion nicht gerade rühmend sprechen könne.

Abg. Leiser (nack.) sieht auf dem Standpunkt der beiden Vordränger und befreit, daß die Fleischteuerung eine Folge der agrarischen Bewegung sei.

Abg. Neuwirth (nack.) bestreitet, zu den einseitigen Agrariern zu gehören, auch er habe die Allgemeinheit im Auge. Auch dieser Redner vertritt die Ausführungen der Vordränger.

Eingegangen ist eine Interpellation über die Stellung der Regierung zu der Verwertung der Kleinwaflerträge.

Nächste Sitzung Montag halb 6 Uhr. Fortsetzung der heutigen Debatte.

## Badische Politik.

Recht früh

hat die Regierung die Nachwahlen anberaumt, welche infolge der Ungültigkeitserklärung des Bonndorfer und des Bruchhaler Mandats stattzufinden haben. Sie finden bereits in 14 Tagen, am 10. Februar statt.

Zentrums-Agitation.

Anlässlich der Mehrfach-Sozialer Wahl wurden die Wähler, welche gebiente Soldaten sind, folgendermaßen für das Zentrum engagiert:

Soldaten! Gebt eure Stimme dem Kandidaten der staatserkhaltenden Partei des Zentrums.

Im politischen Leben ist unbedingte Klarheit von hohem Werte. Unter diesen Umständen ist es nur zu begrüßen, wenn die „einstige Volkspartei“ sich selbst richtig einschätzt.

Auf derselben Höhe steht ein Flugblatt, das sich mit der Sozialdemokratie beschäftigt. Da heißt es:

Katholiken! Ihr könnt für niemand anderen eure Stimme abgeben als für Stabler, der nicht im Wunde steht mit der glaubensfeindlichen Sozialdemokratie!

Wir sind keine konfessionelle, sondern eine politische Partei, sagten die Zentrumsabgeordneten im badischen Landtag, als ihnen anlässlich der Ungültigkeitserklärung der Bonndorfer Wahl die Verquickung der Religion mit der Politik zum Vorwurf gemacht wurde.

Die katholische Geistlichkeit beim Kadi.

Wir haben gestern mitgeteilt, daß das Gericht es abgelehnt hat, gegen die liberale Schwarzwälder Zeitung vorzugehen. In der Begründung heißt es u. a.: „Die in Betracht kommenden Artikel, welche anlässlich der im Oktober 1905 stattgefundenen Landtagswahlen und mit Bezug auf diese entworfen sind, benennen die Privatkläger nicht persönlich. Sie enthalten nur allgemeine Behauptungen wie „Die Kampfweise des christlichen Zentrums“, „Artikel von Geistlichen verfaßt“, „so ein heillosiger Wahlpostel“, „diese sonderbaren Geisler“, „Ihr christlichen Kampfhähne“, „wenn ein Geistlicher“, „viele Geistliche“, „Die Zentrumspresse und die Geistlichkeit“, „über die Agitation der Geistlichen“. Nirgends ist aus den Artikeln oder dem Inhalt derselben in erkennbarer Weise ersichtlich, daß und welche einzelne Geistliche oder förmliche Geistliche des Bezirks Bonndorf gemeint sind und von den Artikeln betroffen werden sollen. Es mangelt daher einzelnen oder förmlichen Privatklägern an der Legitimation zur Klageerhebung.“

Wenn man endlich nun dazu käme, die Austragung politischer Meinungsverschiedenheiten nicht den Gerichten zu überweisen!

Gut gegeben.

Die Karlsruher Zeitung hatte sich in voriger Woche ganz unbefugterweise zum Verteidiger des preussischen Eisenbahnministers Bunde aufgeworfen, weil der Landesbote Verurteilungen Bundes zum Gegenstand berechtigter Angriffe gemacht hatte. Jetzt antwortet der Karlsruher Bzg. ein Mitarbeiter des Landesh. treffend und klar:

Wer Breiten kennt, wird schwerlich glauben, daß es durch diesen oder jenen Mißerfolg sich abhalten lassen wird, vor und hinter den Kulissen alles aufzubieten, um uns doch noch die 4. Klasse aufzubringen und aufzuzwingen, alles dies nur, um die Einführung des Zweifelhafteins für 3. Klasse Schnellzug ohne Zusatztag zunächst im Süden und eben dadurch auch für immer im Norden Deutschlands unmöglich zu machen. Wenn auch gerne zugegeben sein soll, daß die Eisenbahnbureaufkraten mit ihren Freibillets zweifellos noch besser, bequemer und billiger fahren, als wir mit dem Kilometerheft, so könnte doch andererseits von ihnen verlangt werden, daß sie vor Aufstellung solch ebenso wahrheitswidriger, wie töricht-





